

Abonnements

werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten mitgeteilt...

Inserate

die dreispaltige Zeitzeile 25 Cts. — 20 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint

wöchentlich einmal

in Zürich (Schweiz).

Verlag

der Volksbuchhandlung Gottlingen-Zürich.

Postsendungen

franco gegen franco. Sonstige Briefe nach der Schweiz kosten Doppelposta.

N. 25.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbreiteten „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen.

16. Juni 1888.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Zur rechtzeitigen Kenntnissnahme.

Bei Quartalschluss müssen sämtliche Briefabonnements vorab bezahlt werden. Belastungen auf Conto-Inhaber finden also nicht statt.

Abonnements für die Schweiz

erheben wir per Nachnahme, wenn Zahlung nicht mit jedem Quartalsbeginn vorausgeleistet ist.

Einzel-Kreuzbandsendungen ins Ausland

sperren wir mit Quartalsablauf, sofern Neubestellung und Geld bis dahin ausbleiben.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Puttkamer's Sturz.

Über den in den letzten Wochen in der gesamten Presse Deutschlands so viel Widerspruchsvolles orakelt wurde, ist letzten Samstag nun doch erfolgt, nachdem man bereits allgemein angenommen, die Puttkamer-Krise sei dadurch beseitigt worden...

Die Bismarck'sche Intervention scheint nun das Bismarck'sche Junkerrecht Puttkamer's verdreht zu haben, und mit derselben Freiheit, mit der er im Reichstag die Dinge auf den Kopf stellte...

Kaiser eine Antwort, die in so deutlichen Worten abgefaßt war, daß „Puttkamer beim Lesen derselben erblicke“ — und am Samstag Abend publizierte der „Reichsanzeiger“ bereits das — Entlassungsgesuch Puttkamer's, das sofort angenommen wurde.

Diese Lösung der „Puttkamerkrise“ hat allerdings die ganze Welt überrascht — und wie es scheint, den Reichsanzeiger nicht minder. Ist aber wirklich nun Grund zu dem Jubel vorhanden, den die Deutsch-Freisinnigen über die Entlassung Puttkamer's anstimmten?

Wir meinen, die ganze Art und Weise des Sieges, die plötzliche Veränderung der Situation, der letzte äußere Anlaß sprechen gerade dafür, daß es sich nur um die Person Puttkamer handelte. Die Person war dem Kaiser schon lange unangenehm — aus den verschiedensten Gründen.

Diese Auffassung, daß dem Abgange des Spiegelministers nur eine persönliche Bedeutung beizumessen ist, wird durch die Haltung der offiziellen Presse gestärkt. Mit Ausnahme des Stöcker'schen „Reichsbote“ — und der Meiningspässe Stöcker ist ja der würdige Genosse des Tugendministers — sowie der „Kreuzzeitung“ — und auch diese Patrone aller Polizeischulterchen gehören zu dem Spiegelminister — nahmen alle anderen Regierungsblätter die Sache sehr resigniert auf.

Und Blätter, die noch vor kurzem den Spiegelminister als Hort der Ordnung priesen, werfen heute schon Steine der sittlichen Entrüstung nach ihm, und sogar die „Neue Zürcher Zeitung“, die gelegentlich der letzten Spiegelenthüllungen im Reichstage in geradezu ekelhafter Weise ihren „Republikanismus“ gegen den preussischen Minister zur Parade trug, weiß jetzt plötzlich von der „Unverfrorenheit“ Puttkamer's zu erzählen, von der unverkämpften Art, wie er die Opposition in der Volksvertretung en canaille behandelte und von der Periode der tiefsten Reaktion, die seine Regierung für Deutschland bedeutete.

Puttkamer wird also wieder in die Unbedeutendheit zurück-sinken, aus der er nur durch sein slavisches Anschmiegen an die Bismarck'sche Gewalttheorie und Polizeibrutalitätspraxis hervorrangte, durch den hohen Grad bedientenhafter Selbstlosigkeit, mit der er alle von seinem Herrn und Meister angeordneten oder von den untergeordneten und schmutzigsten Werkzeugen à la Schröder, Jhring-Mahlow u. ausgeführten Schurkereien auf seine Kappe nahm, und durch die hohe An-machung und Süffizanz, mit der er die junkerlichen Interessen im Parlament gegen die „bürgerliche Kanaille“ vertrat.

Wenn nun aber auch Puttkamer auf so „eklatante“ Art ver-abschiedet wurde, so bleibt nichtsdessenungeachtet das System, dessen Werkzeug Puttkamer gewesen, dessen Vater und Lenker aber Bismarck ist. Und der Sozialdemokratie, dem Volke gegenüber wird trotz Puttkamer's Sturz absolut Alles beim Alten bleiben.

Wenn nun aber auch Puttkamer auf so „eklatante“ Art ver-abschiedet wurde, so bleibt nichtsdessenungeachtet das System, dessen Werkzeug Puttkamer gewesen, dessen Vater und Lenker aber Bismarck ist. Und der Sozialdemokratie, dem Volke gegenüber wird trotz Puttkamer's Sturz absolut Alles beim Alten bleiben.

tionensmittel, wie Wahlfälschungen, Kriegsschwindel, Reptilien-züchtung, Welfensfonds werden auch ferner angewendet werden und — die Schröder, die Heinrich, die Raporra, die Jhring-Mahlow, sie alle werden bleiben und ihre Nachfolger finden, wenn der eine oder andere dienstuntauglich wird.

Wie jeder anständige Mensch begrüßen auch wir den Sturz Puttkamer's, und wir haben dabei noch die Genugthuung, daß gerade unsere Partei es war, die im Frühjahr diesen Minister in seiner ganzen Zümmlichkeit bloßgestellt und das Regierungssystem, dessen brutalster, rücksichtsloser Diener er gewesen, in seiner ganzen Verworfenheit enthüllt hat.

Wird also durch den Sturz Puttkamer's auf dem poli-tischen Kampfbühne nichts geändert, so noch viel weniger auf sozialem. Der Klassenstaat mit allen seinen Vorrechten und Ungerechtigkeiten würde auch bestehen bleiben, wenn das System Bismarck einem System Richter Plag machen würde.

Solange aber die Zustände fortbauern, deren Verförperung der jetzt so schmählich abgedankte Minister war, so lange darf man sich auch keinen Illusionen über die Wirkungslosigkeit dieser Entlassung hingeben.

Nieder mit dem Polizeistaat, nieder mit dem Klassenstaat!

Briefe aus Deutschland.

Der „verderbliche Kreis“, in welchem sich der Klassenstaat von seinen frühesten Anfängen bis zu seinem Ende bewegt, wird am besten dadurch illustriert, daß die Bourgeoisgesellschaft mit all' ihrer gewaltigen „Zivilisation“ schließlich wieder zu demselben brutalen „persönlichen Regimente“ gelangt ist, welches den Beginn der Staatenbildung kennzeichnete und sich bei Wänden der niedersten Kulturstufe noch heute findet.

Der „König“ der Wänters hat keinen Welfensfond, keinen „Strammen“ Polizeiapparat, keine Landröhre — kurz, er hat keine so „intelligente Formen“, allein auf die Formen kommt es ja nicht an. In der Sache ist kein Unterschied, und moralisch verdient der „König“ der Wänters noch den Vorzug, denn er tritt wenigstens mit seiner Person für sein persönliches Regiment ein, während der deutsche Reichskanzler (der sogenannte „Eiserne“, wie er sich von seinen besagten Preßhändlangern hat taufen lassen) durch politische und andere Mittel seine Person auf das ängstlichste der Verantwortlichkeit und den Folgen seiner Handlungen zu entziehen sucht.

Die ganze Nichtswürdigkeit dieses Systems wird jetzt wieder offenbar, da der Träger desselben sich von Keinem in seiner Stellung bedroht fühlt. Der neue Kaiser, dem natürlich die plumpen und schuftigen Intriguen, deren Zielscheibe er seit Jahresfrist ist, nicht entgehen konnten, benutzt die gegenwärtige Ruhepause in seiner Krankheit dazu, um sich der An-erennung seines liebevollen „Basallen“ einigermassen zu entziehen.

Die ganze Nichtswürdigkeit dieses Systems wird jetzt wieder offenbar, da der Träger desselben sich von Keinem in seiner Stellung bedroht fühlt. Der neue Kaiser, dem natürlich die plumpen und schuftigen Intriguen, deren Zielscheibe er seit Jahresfrist ist, nicht entgehen konnten, benutzt die gegenwärtige Ruhepause in seiner Krankheit dazu, um sich der An-erennung seines liebevollen „Basallen“ einigermassen zu entziehen.

Uebrigens haben derartige „Kraftproben“ auch die gute Eigenschaft, die Krankheit schwerkranker Leute entsprechend zu steigern. Der Widerstand des Kaisers wird also nicht lang dauern, und das Ereignis, welches der Reichsversammlung die Stürze herbeiführt, wird vielleicht beschleunigt. Il faut corriger la fortune — man muß das Glück korrigieren, sagte der biedere Nicot de la Marlinière. Und es gibt eine englische Sensationsnovelle, deren Held seine Frau, welche er beerben will, durch eine Reihe raffinierter herbei- und durchgeführter Aufregungen tödtet. —

In Leipzig werden wir nächsten Montag den dritten Flugblatt-Projekt haben — ich meine den dritten des Kaiserreichs von Proffert, welche aus dem bekannten Flugblatt zur Feier des 18. März hervorgegangen sind. Die Zahl der Angeklagten beträgt über 20; warum sie nicht mit den 29 von neulich zusammen vor Gericht gestellt werden, ist ein Räthsel, das vermutlich erst im Laufe der Verhandlungen gelöst werden wird. —

Die Entmündigung Hasekleevers ist schon vor über 2 Monaten erfolgt, und sein Mandat wurde bereits vor mindestens 6 Wochen dem Präsidenten des Reichstags und der Regierung zurückgestellt. Trotzdem verkauft noch nichts von Schritten zur Beseitigung der nötigen gewordenen Verkauf. Herr Puttkamer will den 6. Berliner Wahlkreis erst gründlich von den Stürzen durchwählen lassen, denen bei Verbreitung ihrer Schmutzflugblätter von der Polizei aller mögliche Vorbehalt geleistet wird. Nun — helfen wird das den anderen Patronen nichts.

Die Gedächtnisfeier der blutigen Maiwoche in Paris.

Paris, 1. Juni.

Die am letzten Sonntag, den 27. Mai, vor der „Mauer der Föderation“ zum Andenken an die blutige Maiwoche stattgehabte Gedächtnisfeier hat deutlich gezeigt, daß die Keime der Ideen, welche die Bourgeoisie 1871 durch Abschlagung von mehr als 85,000 Opfern ausrotteten, sich mächtig weiter entwickelt haben. Nicht nur Paris, auch die Provinz hält es für eine Ehrenschuld, durch Darbringung von Subsidien Ehren zu Ehren der letzten Vertheidiger der Kommune ein proletarisches Gedenkbuch abzulegen. Die 17 Jahre, welche seit der blutigen Maiwoche dahingeflohen sind, haben nicht vermocht, aus Herz und Kopf des französischen Proletariats die Erinnerung an die glorreiche Erhebung und furchtbare Niederlage der Kommune zu tilgen, und weit davon entfernt, im Laufe der Zeit zu verfließen, zeigen die Feierlichkeiten zum Gedächtnis der Kommune, in denen sich die Erinnerung an das Weh der Vergangenheit mit den Hoffnungen und Bestrebungen für die Zukunft verknüpfen, gerade ihrer tendenziellen Behauptung nach jedes Jahr ein immer kräftigeres und reicheres Kolorit. Fast unwillkürlich drängt sich bei Konstatation dieser Thatfache der Gedanke auf, zwischen einer wahrhaft weltanschaulichen Feier, welche ein Ausdruck der Empfindungen und Bestrebungen der Masse ist, und einem offiziellen Fest, das par ordre du Mouton „überhanden“ wird. Es kann in dieser Beziehung kein schärferer Gegensatz gedacht werden als der zwischen dem von oben herab dekretirten, an Saffereien eieniglig dahinstrahlenden deutschen Gedächtnisfest und der imposanten, auf freiwilligen Impulsen beruhenden Gedächtnisfeier der Maiwoche, respektive der Kommune. Die gegenwärtige schmale Situation auf politischem Gebiet, und die Stellungnahme der einzelnen sozialistischen Fraktionen ihr gegenüber haben die diesjährige Manifestation auf dem Höhepunkte über den Rahmen einer einfachen Gedächtnisfeier hinaus und gesteuert sie zu einem herausfordernden Gedenkbuch und einer Mahnung an die Arbeiterklasse Frankreichs, sich immer fester um das sozialistische Programm zu scharen.

Noch nie hatte eine imposantere Masse vor der „Mauer der Föderation“ vorbeizugeht, vom frühen Morgen bis spät in den Nachmittag hinein wogte ein vieltausendköpfiges Menschenmeer vor der „fosso commune“ der Massengruft auf und ab, in welcher die letzten Kommune-Kämpfer verhaftet liegen. Ueber die zum Höhepunkte führenden Boulevards, die Schlagadern der Volkswelt, strömte ein breiter Strom von Kommenden und Gehenden. Die Regierung hatte zwar die üblichen „Verbotsschranken“ errichtet und genügend Polizei und Militär in Bereitschaft — der Hof des Gefängnisses La Roquette war von konstanten Truppen überfüllt —, allein sie war — radikal genug, die Stützen der Ordnung so zu positionieren, daß ihr Anblick das Publikum nicht herausforderte, und ihnen überhaupt eine ungewohnt anständliche Reserve zur Pflicht zu machen. Diesem Umstand ist es auch zu verdanken, daß trotz der sämlichen Szene, von welcher weiter unten die Rede sein wird, ernstliche Störungen nicht vorgekommen sind.

Die einzelnen sozialistischen Fraktionen hatten geregelte Manifestationen organisiert. Die „Arbeiterpartei“ (Possibilisten) hatte alle ihre angehörenden Gruppen für Vormittag zusammengerufen. Vom Eingang des Höhepunktes aus zog die Partei in einer Stärke von 3—4000 Mann in Reih und Glied nach der „Mauer“. Kaum hatte der Zug das Friedhofsthor überschritten, so fielen die Hülsen der rothen Fahnen und Banner, und 14 verpönte „revolutionäre Abzeichen“ wechten herausfordernd über der Masse. An der Spitze des Zuges schritt der Delegirte, welcher den von der Partei gewählten großen Kranz aus rothen Immortellen trug; ihm folgten die neun possibilistischen Stadträte, die Rebalationen vom „Proletariat“ und des „Parti Ouvrier“, die Mitglieder des Nationalkomitees u., dann die verschiedenen Gruppen, denen Delegirte mit Kränzen oder Fahnen vorangingen. Vor der Mauer erhoben sich der vieltausendköpfige Schrei: „Vive la Commune!“ „Vive la République!“ „A bas Boulanger!“ „Joffrin, Chabert, Allemane und andere Führer der Partei ergriffen nach einander das Wort. Sie feierten förmlich die Kommune als Reiterin der Republik, würdigten dagegen nur schwach ihre Bedeutung für die sozialistische Bewegung. Das sozialistische Programm, das Prinzip des Klassenkampfes, war durch die „republikanische Konzentration“ in den Hintergrund gedrängt. Die Reden lassen sich kurz dahin zusammenfassen, daß sie eine Rechtfertigung der possibilistischen Schwankpolitik, insbesondere der kürzlich erfolgten offiziellen Allianz mit den Radikalen sein sollten. Chabert ließ sich vom Moment so weit fortziehen, den Zweck dieser Fahrt zu nennen: einen größeren Antheil am politischen Leben und den Einzug in das Parlament. Joffrin erklärte sich in einer Rede gegen das Bündnis (des Wahlkreises) mit den Radikalen.

Jar Ganzen zeigte die Manifestation, daß die Possibilisten in Paris über einen organisierten und disziplinirten Anhang verfügen, allein sie befähigte auch, daß sich die Partei auf der schiefen Ebene der Opportunismuspolitik befindet und den sozialistisch-revolutionären Charakter immer mehr zu verlieren droht.

Der Zug verlief den Höhepunkt in bester Ordnung, nachdem er noch den Namen verschiedener Revolutionäre: Delescluze, Blanqui, Florens, Baudin seine Subsidien dargebracht hatte.

Nachmittags gegen 2 Uhr fanden die Demonstrationen der übrigen sozialistischen Fraktionen — Blanquisten, Kollektivist, unabhängige Sozialisten — statt, die ebenfalls in einer Stärke von mehreren Tausenden aufmarschirten. Auch sie vergaßen nicht, die Gräber der genannten großen Revolutionäre durch Reden und Blumenpenden zu ehren. Auf ihren Zug folgten einzelne Gruppen von Anarchisten mit schwarzen oder unsortierten Fahnen. Der Zug brach sich mühsam durch die versammelte Menge Bahn und machte vor der fosse commune Halt. Während Vallant das Wort ergriff und dazu aufforderte, alle sozialistischen Fraktionen freiwillig zu begraben und angeführt der geschlossenen Feindesmasse die sozialistische Konzentration zu vollziehen, wollten die Delegirten die verschiedenen Kräfte an der Mauer aufhängen. Ein vom „Intransigent“ gesendeter Kranz veranlaßte in diesem Augenblick einen heftigen Tumult. Drei Anarchisten, welche mit ihren Bannern, von denen das eine die Inschrift „Den Märtyrern von Chicago“ trug, die Mauer erklettert hatten, protestirten in heftigster Weise gegen die Niederlegung des Kranzes. Während die Umstehenden für oder gegen Annahme von Rodesfort's Gabe Partei ergriffen, zog Lucas, einer der drei Anarchisten, seinen Revolver, zielte nicht auf den Träger des Kranzes vom „Intransigent“, sondern auf den Delegirten der Blanquisten, und feuerte auf denselben drei Schüsse ab, die ihn selbst zwar verfehlten, aber zwei nahestehende Personen trafen. Die Menge hielt die Schüsse anfangs für blind, als sie aber die verwundeten ohnmächtig zusammenbrechen und unter ärztlichem Beistand forttrans-

portieren sah, war ihr Zorn unbefriedigt. Sie wollten den Attentäter lynchen und versuchte ihn durch Steinwürfe und Stockschläge aus seiner gesicherten Position herunterzuholen. Lucas rettete sich durch einen Sprung nach der Außenseite der dortigen gegen acht Meter hohen Mauer, er hat sich dabei das Knie verrenkt und sonstige Verletzungen zugezogen. Die Enttäuschung der Menge lehnte sich nun gegen die beiden Gefährten des Lucas, von denen besonders der eine derselben durch seine Reden angezogen hatte. Trotz ihrer Gegenwehr wurden sie von der Mauer heruntergerissen und nicht gerade sanft behandelt. Der erwähnte Anarchist, der sich besonders bemerkt gemacht, ward einem Kirchhofswächter übergeben, der ihn jedoch entlassen ließ. Er ward, ebenso wie Lucas, erst in den letzten Tagen verhaftet, ein Umstand, der der Vermuthung Grund verleiht, daß das Attentat von der Polizei organisiert war, die sich Lucas entweder direkt als eines agent provocateur bediente, oder ihn als Wahnsinnigen oder zum mindesten Ueberkämpften von einer ihrer Kreaturen bearbeiten ließ. Vallant versuchte seine Rede zu Ende zu führen, allein es war angesichts der allgemeinen Aufregung unmöglich, mehr als abgerissene Worte zu erhalten. Nur soviel sei hier hervorgehoben, daß Vallant ausdrücklich erklärte, daß er „gegen jede Diktatur“ sei, „möge sich dieselbe Mac-Rohon, Ferry oder Boulanger nennen“. Die wenigen Worte sind das energische Dementi aller der Verleumdungen, mittels deren Vallant dem französischen Proletariat als „Boulangist“ verdächtigt wurde, weil er den Kampf um Grund des sozialistischen Programms führte und den „Antiboulangismus“ und die „republikanische Konzentration“ als Wahlsprüche verschmähte.

Andere Redner, die nach Vallant das Wort ergriffen, hatten das gleiche Schicksal, denn der Tumult dauerte fort. Der Kranz des „Intransigent“ wurde (verdienstlos) dem d. „S. D.“ gerissen und über die Mauer geschleudert, und dem Kranz des „Cri du Peuple“ wäre es beinahe nicht besser ergangen. Die Masse der Anwesenden haßte sich in kleinen Gruppen zusammen, in denen heftig gestritten ward, oft nicht bloß mit Worten. Hätte sich die Polizei eingemischt, so wäre es sicherlich zu einer wahren Straßenschlacht gekommen, während so glücklich Alles in Ruhe verlief. Nicht nur Rodesfort's Haltung gab Anlaß zu erbitterten Debatten für und wider, sondern auch die That der possibilistischen Führer ward lebhaft kritisiert und in den schärfsten Ausdrücken gemißbilligt. „A bas les Joffrinistes!“ „Les Joffrinistes sont des traîtres!“ schrie überall durch die Luft. Erst tief am Nachmittag leerte sich der Höhepunkt allmählich, die Boulevards zeigten noch lange eine ungewöhnliche Bewegung.

Besondere Erwähnung verdient noch der Umstand, daß die Provinz durch viele Blumenpenden vertreten war, und daß sich verschiedene Provinzgruppen durch Delegationen vertreten ließen.

Das Attentat wird selbstverständlich von der reaktionären Presse heftig gegen die Sozialisten ausgeschlachtet. Die Blanquisten protestirten bereits am nächsten Tage dasselbe und brandmarkten es offen als einen Akt der ferrynischen Polizei. Auch verschiedene Anarchistengruppen haben sich gegen das Attentat erklärt, jede Solidarität mit Lucas energisch zurückgewiesen und die That als ein Verbrechen gegen die Idee der Anarchie und sozialen Revolution bezeichnet. Andere Anarchistengruppen hinwiederum erklärten sich als solidarisch mit dem Attentat!

Haben wir das Fazit der Manifestationen, so ergeben sich wohl folgende Thatfachen: Obgleich die Masse des Pariser Proletariats entschieden gegen jede Diktatur ist, ist sie doch auch ebenso entschieden gegen jede Allianz mit den bürgerlichen Parteien, die Abweichung vom Prinzip des Klassenkampfes erscheint ihr als Verrath. Darin liegt die beste Bürgschaft nicht nur gegen die boulangistische Gefahr, sondern für die Weiterentwicklung des sozialistischen Lebens in Frankreich.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 12. Juni 1888.

— Der „Sozialdemokrat“ hat seine Haltung und seinen Ton vollständig geändert, seit die Ausweisungen aus der Schweiz erfolgt sind. Es war also ganz gut, daß die Herren Sozialdemokraten einmal eine Sektion erhalten haben. So schreiben verschiedene deutsche Replikantenblätter.

Nun — das Sägen ist den deutschen Replikantenblättern zur anderen Natur geworden; und wie immer, so haben sie auch mit diesem Geschrei ihre Leser belogen. Die Haltung und Sprache des „Sozialdemokrat“ hat sich nicht verändert, und wird sich nicht verändern. Und was insbesondere die „Ausweisungen“ anbelangt, so können dieselben, da wir ihre Geschichte und ihre Ueherer genau kennen, und nur in der Ueberzeugung bestärkt, daß wir von Anfang an Recht gehabt haben, und daß die Feinde, welche wir bisher bekämpft haben, bis zu ihrer Vernichtung bekämpft werden müssen. Wenn wir die insamen Intriguen, die gegen den neuen Kaiser von Deutschland spielen, an's Tageslicht gezogen, und das majestätische und hochverrätherische Treiben der nachhabenden Demagogen gebrandmarkt haben, so steht das in keiner Weise im Widerspruch mit unserer früheren Haltung, und berührt nicht unsere prinzipielle Stellung zur Monarchie als Institution. Es ist aber in unseren Augen eine bodenlose Gemeinheit, einen todt-kranke, widerstandsfähigen Mann, wie den jetzigen Kaiser, zu beschimpfen und zu verhöhnen — eine um so größere Gemeinheit, weil die Urheber dieser Beschimpfungen und Verhöhnungen ihrer eigenen Prätension nach die Hauptstützen der Monarchie sind.

Und wie zur Monarchie als Institution, so ist auch zum herrschenden System unsere Stellung genau dieselbe wie zuvor. Feindschaft auf Tod und Leben. Krieg bis zum Sturz dieses gemein-schädlichen, insamen Systems.

Aber die Sprache des „Sozialdemokrat“ ist doch eine weit zahlreicher geworden — er hat gemerkt, daß die Macht, welche er früher so rücksichtslos angegriffen, ihn auch zu treffen weiß — und er hält sich deshalb mehr zurück! — Schreiben die journalistischen Spitzel. Gewaltiger Irrthum!

Oder richtiger: unverschämte Lüge. Denn dieses Replikantenblättchen weiß wohl, daß es die Unwahrheit sagt. Es weiß aber auch, daß der „Sozialdemokrat“ seit neuerer Zeit, sammtlich seit der Entlassung der Rodesfort und ihres Puttkamer in viel weiteren, und zwar besonders auch gegnerischen Kreisen gelesen wird als zuvor; daß die oppositionelle bürgerliche Presse häufig Auszüge veröffentlicht, welche dem Publikum eine ganz andere Vorstellung von dem „Sozialdemokrat“ und der Partei, deren Organ er ist, beizubringen geeignet sind, als es nach den lägenhaften Berichten der Replikanten bisher gehabt hatte. Mit andern Worten — und das ist der eigentliche Grund, weshalb wir die Sache hier erwähnen — das wirkliche Bild war und ist verschieden von dem wüsten Schreckbild, das die journalistischen Spitzel an die Wand gemalt hatten, daß ein Umsturz zu unseren Gunsten in dem Urtheile des Publikums zu befürchten stand — und da sind denn die Replikanten auf den Kniff verfallen, die Wahrheit wieder einmal auf den Kopf zu stellen, das Sägenbild für das richtige und das richtige Bild für das Sägenbild erklären. Zu diesem Zwecke verbreiteten sie erst die Röhre, der „Sozialdemokrat“ erscheine in zwei verschiedenen Ausgaben: einer anscheinenden, die bloß zum Schein angefertigt werde, um die Einschmuggelung der anderen, richtigen Ausgabe zu erleichtern. Und die jüngste Lesart: Der „Sozialdemokrat“ habe aus Angst vor weiteren Maßregelungen seine Schreibweise „gemäßigt“, ist genau zu dem gleichen Zweck erfunden.

Niemand, der uns kennt, wird der albernsten Insinuation auch nur einen Augenblick Glauben geschenkt haben. Das Programm, welches wir in der ersten Nummer des „Sozialdemokrat“ aufstellten, als Vertreter der Sozialdemokratie aufstellen mußten, ist bis auf den heutigen Tag unverändert beibehalten worden, und mußte und muß beibehalten werden, weil wir sonst aufhören würden, das Organ der deutschen Sozialdemokratie zu sein.

— Im Gegensatz zu dieser Replikanten hat ein anderer „Sachverständiger“ dem rephiliten „Hamburger Korrespondent“ vom Riedererhein zu melden gewußt, daß der „Sozialdemokrat“ seit der Ausweisung unserer vier Genossen weit maßvoller schreibe und von „Invektiven gegen unser Herrscherhaus“ froge. Mit bewundernswürdiger Keinesheit weiß das Replikantenblatt sogar zu urtheilen, daß Conzett's Vertrauen auf die unbegrenzte Schweizerische Pressefreiheit am Ende doch Schiffbruch leiden könnte.

Nun steht, das gegenwärtige „Interregnum“ in Deutschland hat den Steuermann dieser Replikanten etwas unsicher gemacht — sonst ließe sich dieser Zwiespalt in der That nicht erklären. Komisch wirkt die Selbsttäuschung, mit der das Replikanten eigene Begriffsverwirrung auf die übrige Welt überträgt. Weil für ihn und seinesgleichen Deutschland und Bismarck identisch ist, muß es dies auch für die ganze Welt sein. Und weil in der ersten „Kraftprobe“ der kranke Kaiser unterlegen, ist für den Replikanten die alte Fiktion zur allgemein anerkannten Thatfache geworden, daß der eigentliche Herrscher in Deutschland der „eiserne Kanzler“ ist, und jede Kritik an ihm und seinen hoffnungsvollen Söhnen oder an Tyras wird zur „Invektive gegen unser Herrscherhaus“.

Ob die „Interessen der Krone“ es gerade sind, die zu diesem grotesken Falschbild überträgt, ist schwer zu sagen, das zu beurtheilen hat Herr Puttkamer in seiner unfeindlichen Ruhe jetzt volllauf Zeit.

— Puttkamer hatte vor seinem Abritte noch Nach. Einem der schönsten Attentate, das je von Polizeigenossen hätte inszenirt werden können, ist bekanntlich durch die Witten Sozialdemokraten vereitelt worden. Die prächtige Kaufmann'sche Bombe, das schöne, massenhafte Schräcker'sche Dynamit hat jetzt seinen Zweck verfehlt — und was hätte damit nicht Alles „eingeleitet“ werden können! Wie ganz anders wäre die Puttkamer'sche „Kraftprobe“ ausgefallen, wenn er den kranken Kaiser aus den Händen der Menschenscheißer „gerettet“ hätte! Oder wenn wenigstens die Dynamit- und Bombenteile eines Tages in den Gefängniszellen des „Sozialdemokrat“ gefunden worden wäre! Statt daß er jetzt, trotz der energischsten Aufkammerungsversuche, so schmählich zum Ministerhotel Idemlich hinausgeworfen werden mußte, hätte er in triumphirender Pose eine „efflatante Gemüthsreinigung“ erhalten!

Und ein zweites Nach passirte ihm dieser Tage dadurch, daß einer seiner Stipendiaten zu früh plauderte. Die „Weserzeitung“ berichtet folgende Schauerthat:

„Dem Berliner Korrespondenten der „Liverpool Post“ zufolge sind der Berliner Polizei Mittheilungen über ein Komplott zur Ermordung des Kronprinzen Wilhelm und des Fürsten Bismarck zugegangen. Die Verschwörer, welche zum Theil Rechaniker und Elektriker sind, halten ihre Zusammenkunft in der Bekanntschaft eines fanatischen Anarchisten im Norden von London und es wird geglaubt, daß sie die für die Nordversuche bestimmten Maschinen, welche theilweise elektrisch sind, beinahe vollendet haben. Die Maschinen sollen von einem Schiffsimmermann, der in revolutionären Kreisen als erfolgreicher Schmuggler sozialistischer Schriften wohlbekannt ist, nach Deutschland mitgenommen werden. Der Bericht schließt: „Drei junge Leute, die, wie man glaubt, gegenwärtig in Berlin wohnen, haben es unternommen, das Attentat auszuführen, allein die Polizei ist augenscheinlich (!) gründlich informiert über die Pläne der Ausführenden, so daß wohl keine Aussicht darauf vorhanden ist, daß sie zur Ausführung gelangen werden.“

Es ist wirklich schade, daß nunmehr nicht bloß keine Aussicht — das Wort ist ungeschicklich, es ist vorhanden — vorhanden ist „zur Ausführung“, sondern nicht einmal zur Festsetzung der „Ende“! Aber was es nicht ein Bißchen unklar, den Kronprinzen und Bismarck zum „Opfer“ auszuwählen, und den kranken Kaiser so ganz zu verschonen, wenn man wirklich einmal ad oculos attentatären lassen wollte! Der Zufall könnte auch einmal treffen lassen, und dann trübe es Bismarck und den Kronprinzen, nicht bloß den kranken Kaiser, für dessen „Erlösung“ die Fremden im Lande beten. Eine Garantie für Hödel hat man nicht immer, und bloße „Entdeckungen“ ziehen heute nicht mehr! Ach, es muß so schön gewesen, es hat nicht sollen sein!

— Zu den Spitzel-Entwicklungen in letzter Nummer, daß nämlich die Berliner Spitzeldirektoren von dem Vorhandensein der Dynamitkiste mit der Kaufmann'schen Bombe von dem Spitzel Schröder sofort in Kenntniß gesetzt worden waren und zur Aufbeziehung ihre Zustimmung gegeben hatten, haben wir heute noch einen Nachtrag zu machen. Ein Replikant schreibt dem „Hamburger Korrespondent“, und dieser druckt es bereitwillig ab: „Der Buchhändler B. Häher, der bekanntlich seiner Zeit die „Freiheit“ druckte und hinterher den Agenten Schröder die That des „Freiheits“ druckte, ist von Zürich wegen Unterschlagung flüchtig geworden, weshalb polizeilich auf ihn gefahndet wird. Häher war vor circa 8 Jahren schon einmal in Untersuchung wegen Erpressungsversuchs, welcher (hat mit dem „Stelmacher-Pamphlet“ zusammenhing). Das ist nun der Kronzeuge der Herren Debel-Singer im Reichstag gewesen, und man muß sagen, daß der Eideschwörer seiner Auftraggeber würdig war.“

Dazu bemerkt das „Hamburger Echo“: „Etwas Gemeineres, als der gesperrte Schlußsatz besagen soll, ist uns in unserer Replikantenblätter noch nicht begegnet.“

Diese Gemeinheit erhält ihre richtige Beleuchtung erst dadurch, daß Rodesfort Schröder in Zürich eingekerkert hat, er sei bereit seit dem Jahre 1881 in Diensten der Berliner Polizei gewesen, nicht also erst seit 1884, wie er anfangs behauptet hatte. Der Druck der „Freiheit“ wurde durch ihn im Jahre 1882 besorgt, zur Zeit also, da Schröder schon lange als Rodesfort'scher Instanz war, ebenso wie der mit ihm in diesem Drogenhandel kooperirende „Mechaniker und Elektriker“ Kaufmann, der ja damals auch aus der Spitzeltruppe der Herren Krüger und Puttkamer gespeist ward. Und wie die Kunst der Dynamitkiste, so hat Schröder auch die Geschichte mit dem Druck der „Freiheit“ nach Berlin berichtet!

Nun kann nach alledem ersehen, welche Stürze dazu gehörte, wenn Puttkamer damals es wagte, Alles frech abzuleugnen, und wenn jetzt die Replikanten, nachdem sie ihre alte Freiheit wiedergewonnen, dieses System der Ableugnung fortsetzen. Uebrigens wollen wir gerade bei dieser Gelegenheit wiederholen: Die Sozialdemokratie hat in diesen Spitzelentwicklungen noch lange nicht die letzte Karte ausgespielt; ein ganz neue, bisher noch völlig unbekannte Seite des Spitzelwesens wird zur gegebenen Stunde enthüllt werden, und auch da wird es so wenig zu leugnen geben als an diesen Enthüllungen.

Nur nebenbei gesagt: Der „Hamb. Korresp.“ geräth ganz unndelich in stiltliche Enttäuschung über den Häher. Sein Kollege und Schützling Rodesfort Schröder war es gerade, der bei jenem mythischen „Erpressungsversuch“ eine Hauptrolle spielte!

— Bismarck's „Mitarbeiter“. Als vor einigen Wochen der preussische Professor Sybel seinen 70ten Geburtstag feierte, schrieb ihm Bismarck eine Karte, in welcher er ihn als seinen „Mitarbeiter“ bezeichnete. Der Ausdruck ist nicht ganz allseitig gewöhnt, denn solange es Geschichtsschreiber giebt, hat es keinen gegeben, der das Sägen und Prägen so systematisch und so frech betrieben hätte, wie gerade dieser Sybel, der die Geschichte der französischen Revolution nur zu dem Zweck geschrieben hat, den Patriotismus und die deutsche Mission des Hauses der Hohenzollern zu beweisen — das ist die Wirklichkeit zu Zeiten der französischen Revolution wie zu allen Zeiten bloß eine dynastische Hauspolitik gehabt und die Interessen Deutschlands auf das Schamloseste vernachlässigt hat. Wir wollen nun an den Basler Frieden erinnern, in welchem Deutschland von den Hohenzollern ohne Bewußtsein der französischen Diplomatie überliefert ward. Das heißt Bismarck, der seiner Politik selber das Zeugnis ausgestellt hat, sie verträge das Tageslicht nicht, in dem größten der Geschichtsschreiber und Geschichtsfälscher und zugleich des byzantinischen der Byzantiner einen „Mitarbeiter“ erblickt, ist freilich kaum zu verwundern. Wir wünschen beiden Herren zu der „Mitarbeiterchaft“ Glück.

*) Der Zürcher Bombenkünstler Kaufmann, der bekanntlich auch im Golde der Berliner Polizei stand, ist „Mechaniker und Elektriker“ und lebt mit seinem Freunde Peuser, dem Genossen des „Nicht-Gentleman“ Neuh — ebenfalls im Norden Londons.

Uebrigens wird das Kaliber der Bismarck'schen Mitteilungen immer lebendigeres — es ist eine ständige Verschlechterung der Qualität zu bemerken. Die einzigen, über den Durchschnittpunkt emporragenden „Mitteilungen“ sind die von Bismarck und Büchler — haben sich längst von ihm zurückgelassen, der erstere, weil er in dem famosen Gröndelband-Spektakel von seinem „Freund“ feig im Stich gelassen wurde — der andere, weil ihm die Sache seines „Patrons“ doch zu anrüchlich wurde und zu viele intellektuelle wie stülpische „Defekte“ zu Tage traten. Die „Hinter-Schneidung“, „Schleichen“, „Häufchen“ und Ähnliches feile Gesindel, das für 1 Mark pro Tag mehr als hundert Kugeln bereit ist, den „Echt“ an den Reichsbedienten zu verkaufen, bieten natürlich einen sehr schlechten Ersatz.

Jedenfalls ist dieses allmähliche, aber unaufhaltsame „Herunterkommen“ charakteristisch für den Mann und das System Bismarck. Je niedriger jedoch die Qualität, desto größer die Zahl und desto besser die Drilling der jetzigen Kreaturen, die, militärisch eingeleitet, aufs Wort parieren — und mit der Familie Bismarck (den Bismarck's, Kanitz's, Puttkamer's u. s. w.) und der Dynastie Lyra zu einem dichten Reize „verflocht“ sind, das so fest ist, daß es bisher aller Verleumdungs-Veruche des neuen Kaisers gespolet hat. Die Quantität ersetzt also auch hier die Qualität.

Die Reihe der konventionellen Lügen wächst fortwährend und es scheitern auch brüderliche neue Kategorien. Unter den neueren Kategorien ist die konventionelle Polizei- und Staatsanwaltschafts-Lüge wohl eine der reichhaltigsten. Eine der größten und bestechendsten Staatsanwaltschaften, die schon in früheren Prozessen eine Rolle gespielt hat, wurde in dem letzten Leipziger Sozialistenprozeß von dem sattem bekannten Hängschel wieder aufgestellt. Genannter Hängschel spricht nämlich (richtig) sprechen kann er nicht: Die Sozialdemokraten werden von ihren „Führern“ zum Belügen der Staatsanwälte und Richter förmlich erzogen und instruiert.

Wir haben hierzu Folgendes zu bemerken: Wenn der Hängschel ein einziges Wort, eine einzige Zeile vorbringen kann, womit diese seine Behauptung auch nur zum Schein gerechtfertigt wird, so erklären wir uns feierlich bereit, Alles, was wir bis jetzt gegen ihn geschrieben haben, rückhaltlos und ohne Einschränkungen zurückzunehmen, und dem Hängschel formell Abbitte zu thun.

Bis dahin aber erklären wir ihn für einen Lügner und Verleumder. Niemand ist unseres Wissens innerhalb unserer ganzen Parteibewegung irgend etwas gesprochen oder geschrieben worden, was zu einer solchen monströsen Verächtlichmachung Anlaß geben könnte. Wir — und wenn man so will, die „Führer“ — haben bei verschiedenen Gelegenheiten vor den Reichstagen und Bürgerversammlungen u. s. w. gewarnt, die z. B. Gesandnisse dadurch zu erschleichen suchen, daß sie einem Angeklagten vorreden, ein Mitangeklagter habe „Alles gestanden“. Und wir haben auch den Rath gegeben, in bestimmten Fällen jede Aussage zu verweigern. Allein das ist ein Recht, welches selbst die deutsche Gerichtsordnung jedem Angeklagten gibt, und welches außerdem so selbstverständlich ist, daß nur ein ganz roher und ungebildeter Patron es in Frage stellen kann.

Daß es Staatsanwälte vom Kaliber des Hängschel unangenehm sein muß, wenn die Angeklagten, statt plump in die Falle zu gehen, von ihnen, gesetzlich ihnen zusehenden Rechten Gebrauch machen — das glauben wir gern, das kann aber unsere bekannten Gewähr für diese Sorte von zweideutigen Heßhunden nur noch steigern. Genug — der Hängschel hat eine Chance, sich in unseren Augen zu rehabilitieren. Er hat nur den — von und ihm wahrhaftig bis an die Grenzen des Menschenmöglichen erleichterten — Beweis zu liefern, daß er nicht gelogen hat.

Immer besser. Aus Stuttgart schreibt die „Frankfurter Zeitung“: Im ersten Heft des neu gegründeten Zeitschrift „Jung und Alt“ (Süddeutsches Verlagshaus, Emil Hansmann in Stuttgart) steht auf der letzten Seite: „Briefkasten der Redaktion: W. J. in St.: Biographien des verstorbenen Kaisers Friedrich werden wir schon in den nächsten Heften von bewährter Seite bringen.“ Die Redaktion läßt sich mit dieser Reklame nicht zufrieden sein.

Das wollen wir meinen. Besser kann man gar nicht für die Untergrabung des monarchischen Prinzips wirken. Im Ausland, wo sie durch absolute keine Rücksicht gebunden sind, äußern sich die bismarck'schen Zeitschriften noch deutlicher. So hat, wie wir dem in Buenos Aires erscheinenden „Vorwärts“ entnehmen, die bismarck'sche „Deutsche La Plata Zeitung“ neulich sogar schon „geholt“, Friedrich III. werde bald sterben.

Diese Leute können dem verhassten Republikaner die Röhre der Scham ins Gesicht treiben.

Mit welcher verbrecherischen Leichtsinnigkeit die Staatsanwälte im Reich der Gottesfurcht und frommen Eitelkeit mit der Ehre und Freiheit der Arbeiter umgehen, dafür legt gegenwärtig der Oberster der Staatsanwaltschaft Zeugnis ab. Seit Wochen und Wochen stehen Dutzende unserer Genossen in Ebersfeld unter der wohlfeilen Beschuldigung der Zugehörigkeit zu einer geheimen Verbindung in Untersuchungshaft; wie die schwersten Verbrecher werden sie in Ketten zu den Verbänden transportiert, und heute, nach Wochen, werden noch täglich in ganz Deutschland Hausdurchsuchungen vorgenommen, um nur irgendwo einen „Beweis“ zur Begründung einer Anklage zu finden. Ob einen „Beweis“ Material zur Begründung einer Anklage zu finden, ob die Familien die schuldlos Inhaftierten im Gefängnis krank werden, ob ihre Familien im größte Elend gerathen, ob die Sorge für ihre Familien den Körper der Befangenen verdirbt — gleichviel, die Schurkerei der Untersuchungsbehörden verdirbt! Der Stempel wird allmählich so groß, daß sogar bürgerliche Mütter dagegen zu murren anfangen, und eben erfahren wir, daß einer der Verhafteten bereits durch die Torturen der Untersuchungsbehörden dem Irrensin verfallen ist!

Und angeht's doch nicht minder die Beamten und Institutionen im Reich (zum Vorwurfe zu machen) können denn nicht solche Zustände jeden Rechtschaffenden empören und Einem die Haare baalen gegen die Verbrecher verbrecherischen Diktatoren!

Was die Kartellbrüder Alles wünschen, das hat dieser Tage der im 18. sächsischen Wahlkreis mittels frechen Wahlbetrugs zum Reichstagsabgeordneten durchgedrückte Adokat Tempel in einer liberalen Wählerversammlung zu Bismarck an uns unersetzten ausgesprochen. Nachdem er in seinen Ausführungen über das Sozialistengesetz sein Bedauern über die Ablehnung des Puttkamer'schen Expropriationsgesetzes ausgedrückt, machte er einen anderen Vorschlag zur notwendigen Verschärfung des infamen Ausnahmengesetzes. „Seine Meinung“, rief er mit Pathos, „ist, daß z. B. die Entziehung der Ehrenrechte bei den Führern sehr am Platze wäre. Es werden ja anderen Verbrechern (!) dieselben auch genommen, so daß also die Sozialdemokraten nicht mehr wählen dürfen und nicht mehr gewählt werden könnten. Damit würde den Herren schon der Garaus gemacht werden. Würden innerhalb zwei Jahren nicht bessere Zustände eintreten, so würde das Gesetz nicht nur verlängert, sondern auch verschärft werden.“ Gleich anderen Verbrechern — ob Herr Tempel seine Kartellbrüder Jerusalem, Wintermann, die Spitzhaken von der Leipziger Kreditanstalt, und die ungezählte Schaar sonstiger Liberaler und konservativer Gauner darunter gemeint hat, die in den letzten Jahren für's Zuchthaus teils geworden sind, nachdem sie vorher in allen Tonarten sich gegen die verbrecherische Sozialdemokratie als Vertreter der „Moral und Ordnung“ aufgestellt — das vermag er leider zu bemerken. Im Grunde läuft der Vorschlag natürlich auf das Gleiche hinaus, was Bismarck-Puttkamer mit der Expropriationsvorlage beabsichtigt hatten. Das Sozialistengesetz hat seinen Zweck, die Sozialdemokratie tot zu machen, trotz der zehnjährigen Polizei- und Gerichts-Inquisitionen eben nicht erreicht und sogar in den preussischen Justizbehörden die letzte Hoffnung zerstört, daß es diesen jemals erreichen werde. Es hat die Sozialdemokratie nicht einmal in und tot machen können! Und um dies zu erreichen, wollte man die „Führer“ außer Landes hegen und durch eine Schredensherr-

schaft den Rath der Zurückgebliebenen fähmen. Die Spitzhaken-Entscheidungen unserer Abgeordneten und die dabei erhaltene schmachtvolle Niederlage des Spitzhakenministers haben Deutschland vor dieser neuesten Schmach des deutschen Polizeiregiments bewahrt. Nun kommt das „honeste Bürgerthum“ und läßt durch einen Vertreter der vorjährigen „Durrah-Kanal“ den alten Gedanken in neuer Form präsentieren — und begehrenweise ist es ein „Rath des Kaisers“, der diese „Verbrecher“-Idee als „patriotische Nothwendigkeit“ preist.

Für die Kartell-Brüder mag der Gedanke, der jedenfalls in der Kartell-Fraktion das Licht der Welt erblickt hat, etwas Verlockendes haben, denn Niemand weiß besser als die Kartellbrüder, welche plumpen Reizeschwindel sie ihre „Majoritäten“ verdanken, und Niemand weiß besser als sie, daß das Volk einem solchen Schwindel nicht zum zweitenmale zum Opfer fiel — darum möchte man auf obige Weise der einzigen wirklichen Oppositionspartei die Öffentlichkeit verschließen! Wenn die Sozialdemokratie zu absolutem Schweigen gezwungen ist, dann ist für das Bürgerthum die soziale Frage gelöst — über die Mittel mag man sich keine Strupel — und die Folgen — das ist eine Frage der Zukunft, über die sich der Philister sein Bischof's Verstand nicht zerbricht.

Wäre die Sache nicht ihre symptomatische Bedeutung und illustrierte sie nicht wieder einmal den geistigen Verfall und die vollständige Korruption der bürgerlichen Gesellschaft, man könnte über diese „verbrecherische Thorheit“ unserer Gegner wirklich lachen. Wie weit muß es mit der „Intelligenz der Nation“ gekommen sein, daß ihre stülpischen Begriffe noch unter die des preussischen Junkerthums gesunken sind!

Zur Verpöthlichkeit des „gebildeten“ Deutschland. Die „Neue Zürcher Zeitung“ reproduziert jüngst mit vielem Behagen eine von Herrn Konrad Alberti in der Berliner „Nationalzeitung“ veröffentlichte Verherrlichung Zürichs. Sie nennt sie ein freundliches Sträußchen. Nun, dieses „freundliche Sträußchen“ enthält neben allerhand Geschwätz folgende Blüthe, die für Zürich nicht gerade sehr schmeichelt ist, und die ein bezeichnendes Licht auf die geistige Verfassung desjenigen wirft, der sie in das Sträußchen „hineingewunden“: „Und es ist gewiß eine schöne Symbolik des Zufalls, daß sich die obersten Bildungsanstalten Zürichs, Universität und Polytechnikum, auf dem höchsten und schönsten Punkte der Stadt befinden, von dem aus man einen herrlichen Rundblick über den weiten See, die Hügel, die Stadt und die bis zu den Glarner Alpen aufsteigenden Berggipfel genießt.“

„Eine schöne Symbolik des Zufalls!“ Hat etwa der Zufall das Polytechnikum dahingestellt, wo es heute steht? Waren die Leute, die ihn diesen Platz anwiesen, Idioten, die nicht wußten, was sie thaten? Das, und nichts anderes bedeutet wenigstens der Satz, der aber wahrhaftig ganz anders lauten würde, wenn irgend ein Fürst den Platz ausgewählt hätte. Mindestens würde dann „tiefes Bedauern“ für die Stellung der Wissenschaften“ den erhabenen Gründer bestimmt haben u. s. w., da aber das Polytechnikum und die Universität Zürichs keinen gekrönten Gründer haben, so ist's nur „eine schöne Symbolik des Zufalls“. Was brauche ich denn bei simplen Staatsbürgern dergleichen voraussetzen, wird sich Herr Alberti gedacht haben, als er seine Beobachtung niederschrieb, wenn er, da kein Fürst in Frage kam, es überhaupt der Mühe für werth gehalten, sich etwas zu denken.

Es ist nicht das erste Mal, daß wir uns hier mit Herrn Konrad Alberti beschäftigen. Wir hatten schon vor etlichen Monaten mit ihm zu thun, bezw. mit seinem Ausspruch, daß Schiller's Beliebtheit nicht im Abnehmen begriffen sein würde, wenn er seinen Dramen rationale Stoffe zu Grunde gelegt hätte. Das stand in Bestermann's Monatsheften, der obige Ausspruch in der Rationalzeitung — beides Blätter, die als Organe des „gebildeten Deutschland“ gelten. Herr Alberti ist also Einer, der schon etwas vorstellend in der literarischen Welt, der gemogt wurde und nicht zu leicht befunden. Das zeigt auf's Deutlichste, wie niedrige Ansprüche dieses „gebildete Deutschland“ heut an seine Schriftsteller stellt, welche geistige Verpöthung es duldet, d. h. wie verpötht es selber ist.

Gerade einem Deutschen müssen beim Anblick der Zürcher Hochschulgäude Gebanken aufsteigen, die auf das genaue Gegenheil von Symbolik des Zufalls hindeuten. Als in den fünfziger Jahren David Friedrich Strauß in Zürich war und in Gemeinschaft von Zürcher Verehrern den Weg zum Polytechnikum emporsah, da drehte er sich, oben angelangt, plötzlich um und sprach: „Reine Herren, Sie wissen, ich bin kein Republikaner, ich bin ein farrer Monarchist. Aber wenn ich hier das Jewel von Zürich vor mir liegen sehe, so muß ich doch sagen: Wäre die Schweiz eine Monarchie, so stünde hier oben keine Hochschule, sondern entweder ein Schloss oder eine Kaserne.“

Strauß, so vorurtheilvoll er in politischen Dingen war, traf doch den Nagel auf den Kopf, als er über die „Symbolik“ des Standortes der Hochschule nachdachte. Es war eben die glorievolle Zeit des zweiten Kaiserreiches Bismarck'scher Gabel noch nicht angebrochen. Die Deutschen waren noch nicht die große Nation.

Spitzelgewerbliches. „Als vor zirka drei Jahren“, schreibt unser Bruderorgan, der „Schweizerische Sozialdemokrat“, in Bern die Probenummer eines sozialistischen Blattes „Die Morgenblätter des XX. Jahrhunderts“ erschien, in welcher treuherziger Weise „gute Bürger“ zur Bildung eines „Vereinsverbandes für Propaganda der Möglichkeit allgemeinen Glückes“ aufgefordert wurden, da meldeten sich — etwa 4 bis 6 Mann. Unter diesen zeigten zwei besonderes Interesse. Sie schrieben Beide wiederholt an den Verleger. Die erste Karte des Einen lautete: „Sehr geehrter Herr! Abonniere andurch auf Ihr gesigtes Organ, dem ich besten Erfolg wünsche!“ Ihr ergebener E. Schopen, cand. med., Bundesrain 14, II. Bern.“ Der Andere, der gleich für ein halbes Jahr das Blatt abonnierte, unterzeichnete seine beiden Karten: „E. Schröder-Brennwald, Zürich, Niedbach, Dittmeyer 16.“

Diese wertvolle Unterstützung konnte leider für die Fortführung des Unternehmens nicht genügen, und die betreffenden guten Bürger erwarteten daher vergebens eine zweite Nummer.

Nach dieser Erfahrung dürften Herausgeber neuer sozialistischer Blätter nichts Ähnliches thun, wenn sie die ersten Abonnementbestellungen unbekannter Subskribenten. Man weiß ja, daß es erste Pflicht der Spitzel ist, ihren Brodherren das „Neueste“ in einschlägigen Publikationen zu verschaffen.“

Stimmt. Und was ein rechter Spitzel ist, der sorgt zugleich dafür, daß immer etwas „Neuestes“ da ist.

Der Kapitalismus und die Unabhängigkeit der Presse. Wir lesen in einem Artikel des „Zürcher Tagblatt“: „Nüchtern fand in Newyork ein logenantes „Pressefestessen“ statt. Bei dieser Gelegenheit wurde ein hervorragender Newyorker Journalist aufgefordert, einen Loaf auf die „unabhängige Presse“ auszubringen. Lange weigerte sich der Mann zu sprechen, endlich aber ließ er sich überreden, bemerkte, daß er bloß zu Vertretern der Presse und nicht öffentlich spreche, und sagte dann Folgendes: „Es giebt in Amerika nicht so etwas wie eine unabhängige Presse, ausgenommen vielleicht in kleinen Landstädten. Sie sind alle Sklaven. Sie müssen es und ich weiß es. Es befindet sich Keiner unter Ihnen, welcher wagen darf, eine ehrliche Meinung auszusprechen. Sie wissen im Voraus, daß eine solche niemals im Druck erscheinen würde. Ich bekomme hunderte von Dollars die Woche dafür, daß ich ehrliche Ansichten aus dem Munde, an dem ich angeheftet bin, fernhalte.“

Vielen von Ihnen bekommen gleiche Gehalts für den gleichen Zweck. Sollte ich eine ehrliche Ansicht aussprechen, so wäre es mit meinem Berufs vorbei. Der Mann, der so nüchtern wäre, eine ehrliche Ansicht zu schreiben, bestände sich am nächsten Tage ohne Beschäftigung auf der Straße. Ein „leitender“ Journalist muß die Wahrheit verkünden, muß offen lägen, muß verleumben und zu den Füßen des Rammons liegen. Er muß sein Land und seine Mitmenschen für sein tägliches Brod, oder was ungehörig dasselbe ist, für seinen Gehalt verkaufen. Sie wissen dies, und ich weiß es, es ist deshalb lächerlich, einen Loaf auf die „unabhängige Presse“ auszubringen. Wir sind die Werkzeuge und Diener der Reichen hinter den Kulissen. Wir sind Hampelmänner. Sie stehen an der Spür und wir tanzen. Unsere Zeit, unser Talent, unsere Fähigkeiten, unsere Ausichten sind das Eigentum Anderer. Wir sind geistig prostituiert.“

Ob der Loaf wirklich so gehalten wurde, oder ob hier nur eine geist-

reiche Verhüllung vorliegt, wollen wir nicht näher untersuchen. Soviel ist aber sicher, daß er, was die übergroße Mehrheit der Zeitungen, und insbesondere der „großen Zeitungen“ anbelangt, durchaus zutrifft. Und nicht bloß in Amerika. Ueberall sehen wir die Presse von Tag zu Tag der Herrschaft des Geldes unterliegen, zu einem reinen Geldgeschäft herabsinken. Das Raffensabrill, das natürlich nur von „kapitalträgen“ Unternehmungen „lancirt“ werden kann, verdrängt immer mehr die, wirklich überzeugungen dienenden Blätter. Das Resultat ist allgemeine Verflachung, jeder unbefangene Beobachter muß zugeben, daß das geistige Niveau der Presse von Jahr zu Jahr sinkt. Zum Theil ist der Spiritus, die „Lebendigkeit“ ist geblieben. Die Preßerhältnisse zur Zeit als Laßalle seine Philippika gegen die Presse losließ, waren golden gegen die Zustände, die sich seitdem entwickelt haben. Und Laßalle's Vorschlag zur Abhilfe — der Presse die Annoncen zu nehmen — wäre dem gegenüber machtlos, denn in Frankreich, wo die Presse fast gar keine Annoncen hat, stehen die Dinge um kein Haar besser, womöglich noch schlechter. Gerade die Pariser Journalistik liefert den besten Beweis dafür. Die Fälle sind nicht einzeln, daß von einem Tag auf den andern das gesammte Redaktionspersonal auf die Straße gestellt und durch ein anderes ersetzt wurde, weil die Besitzer, die Geldleute des betreffenden Zeitungsunternehmens, ein augenblickliches „Geschäft“ machen wollten. Wie die Aktien anderer Industrien, werden auch dort die auf Aktien gegründeten journalistischen Unternehmungen von der Frage der Rendite aus behandelt, und wie die „Papierfabrik“ einer Zuckerrübenfabrik werden auch die einer Zeitung an der Börse ge- und verkauft. Die „France“ und sogar der „revolutionäre“, im sozialistischen Mantel sich präsentirende „Cri du Peuple“ haben solche Redaktionsabänderungen noch in jüngster Zeit über Nacht durchgemacht.

Und solange das heilige kapitalistische Wirtschaftssystem seine Herrschaft behauptet, werden diese Erscheinungen nicht nur nicht aufhören, sondern was man heute pharisäisch als „Kosmopolit“ bezeichnet, wird Regel werden, allgemeinen Charakter annehmen und von großen Journalen sich auf kleinere übertragen. Wir wollen hier ganz davon schweigen, daß heute schon in ganz Deutschland die sogenannte kleine Presse ihre geistige Nahrung in Gehalt von Leitartikeln, Feuilletons, Rundschau-Rotizen u. s. w. auf großen und auf großem Maßstabe betriebenen „Fabriken“ der sogenannten Korrespondenz, Telegraphen u. s. w. Agenturen bezieht, die sammt und sonders entweder offen von den Regierungen gegründet oder subventionirt werden, oder doch auf alle Fälle unter ihrem Einfluß stehen und von den Regierungen ihre offiziös angehauchte, tendenziöse Färbung erhalten.

Dagegen kann nur die Abschaffung des heutigen Wirtschaftssystems Remedium schaffen, und die Arbeiter können sich gegen diese Korruption und Vergiftung des öffentlichen Geistes nur dadurch schützen, daß sie die unter ihrer Kontrolle erscheinende und für ihre Klasseninteressen wirkende Arbeiterpresse thätigst unterstützen.

Die „Sozialreform“ in Deutschland, die ja in der That nur ein Spottbild des Begriffes Sozialreform ist, hat trotzdem heute schon in den Reihen der Fabrikanten ihre entschiedensten Gegner. Und dieselbe Erscheinung zeigt sich überall da, wo durch Arbeiterkämpfe etwas eingeschränkt werden sollen, oder wo gar, wie z. B. bei der Unfallversicherung, die Unternehmer zu finanziellen Leistungen herbeigezogen werden. Da wird von Seiten der Fabrikanten sofort ein Jammergeschrei, als ob die Existenz der ganzen Industrie in Frage käme, und die „unverschämten“ Arbeiter könnten von der Bourgeoisie lernen, wie man seine Klasseninteressen mit Nachdruck vertreten kann. Auch die Schweiz ist bekanntlich in den letzten Jahren durch einige Arbeiterkämpfe, deren Handhabung übrigens noch viel zu wünschen läßt, den Forderungen der organisierten Arbeiterkämpfe einigermaßen Rechnung getragen — und natürlich erheben auch hier die Fabrikanten von Zeit zu Zeit ihren Protest. An der jüngsten Versammlung des aargauischen Handels- und Industrievereins sprach Fabrikant Jenny-Kunz von einer „Erdbebung in der Schweiz“, die auf eine systematische Einschränkung und Degeneration des Arbeitgebers ausgehe und diese jünge, siegen energisch Front zu machen.“ Bereits liege etwas in der Luft; eine Organisation der Arbeitgeber, die derjenigen der Arbeiter nachgezogen sei. Das „Zürcher Tagblatt“ begleitet diese Mittheilung mit der Bemerkung: „Die Gefahr der Reaktion gegen die durch maßlose Stürmer gemachten übertriebenen Präntationen der Arbeiterkämpfe, auf welche wir schon öfters hinweisen Gelegenheit hatten, scheint demnach näher zu sein als wir glauben.“

Nun, diese „Reaktion“, vor welcher uns übrigens nicht graut, bemerkt dazu der „Südländer“, läßt sich erklären, ohne daß man der Arbeiterkämpfe einen Tritt gibt. Die Arbeiterkämpfe sind ganz einfach vielen Arbeitgebern unangenehm, weil sie ihnen naturgemäß gewisse Verpflichtungen auferlegen. Wenn einer gewohnt gewesen, seine Arbeiter nach Belieben 12, 13 und mehr Stunden zur Arbeit anzuhalten, sie ohne Aufkündigung fortzuschicken, Jagplatz zu machen nach Laune und wenn einer verunglückt, nicht darnach zu fragen, so liegt ihm ein Befehl, das ihn in solchen Dingen zur Milderung zwingt, eben nicht recht; hat der „systematischen Einschränkung“ möchte er lieber die alte, goldene Herrscher- und Ausbeuterfreiheit. Worin sollen übrigens die „durch maßlose Stürmer geweckten übertriebenen Ansprüche der Arbeiterkämpfe“ bestehen? Wirklich übertriebene Ansprüche finden ihre Korrektur in der Regel schon bei den Arbeitern selber; dann aber entscheiden ja, soweit die Gesetzgebung in Frage steht, die Räte, in welchen kein einziger Arbeiter sitzt. Gefahr, daß zu Gunsten der Arbeiter über's Ziel geschossen werde, besteht somit höchsterdings nicht. Aber freilich, das bringen auch die Bundesbehörden nicht zu Stande, in solchen Fragen den Platz zu machen, ohne ihn nach zu machen. Und da liegen die Schmerzen des Herrn Jenny. Man möchte lieber Nichts, oder wenn noch ein Arbeitergeger da ist, es mit der Ausführung halten nach Gutfinden.“

Uebrigens haben die Schweizer Fabrikanten es sehr gut verstanden, dem Privatinteresse, das ihrer Abneigung gegen jede Art Sozialreform zu Grunde liegt, ein opportunistisches politisches Mäntelchen umzuhängen, und das kapitalistische „Basler Volksblatt“, das in der sozialen Frage eine seitene Unbefangenheit zeigt, an der namentlich die deutschen Christlich-Sozialen katholischer Färbung ein Kufter nehmen könnten, spricht nach dieser Richtung hin seine Meinung ganz unumwunden folgendermaßen aus:

„Es ist in den jüngsten Tagen nicht mehr so angenehm und lohnend, sich als Freund der Sozialreform zu bekennen. Der Wind hat umgeschlagen und verfliegene keine Geister, die sonst tiefsten von sozialen Redensarten, sieht man jetzt geschäftig herumschwimmen und fleißig Holz zusammentragen, um diejenigen zu verbrennen, welche von der Unzulänglichkeit unserer modernen staatlichen und sozialen Ordnung zu sprechen wagen. Als ob die gegenwärtige staatliche und soziale Ordnung ewig wäre! Sing der konstitutionellen Monarchie nicht das absolute Königthum voran, diesem die feudale Verfassung des Mittelalters und so weiter zurück? Unsere schweizerische Republik selbst erlebte in den verschiedenen Kantonen die Oligarchie, Aristokratie, das Repräsentativsystem und die Demokratie. Eines verdrängte das andere und doch glaubte noch jedes allein berechtigt zu sein. Auf sozialem Gebiet soll die letzte individualistische Kapitalwirtschaft sacrosankt sein, als ob keine Justizverfassung, keine Kartellgenossenschaft ihr vorangegangen wären! Unsere gegenwärtige Ordnung ist das Produkt einer Entwicklung, die Zeit hat sie gebracht, die Zeit wird sie wegspülen, wie sie schon Manches weggeführt hat. Es ist ein vergebliches Unterfangen, ein System, dessen traurige Folgen offen zu Tage liegen, retten zu wollen. Entweder hat man den Muth, die als falsch erkannten Prinzipien aufzugeben und den Versuch zu wagen, auf friedliche Weise in neue Bahnen einzulenken; oder man ist gezwungen, durch die Entwicklung der im Prinzip liegenden Konsequenzen, die Abbruchwirtschaft zu einem Punkte zu führen, wo ein gewaltiger Zusammenbruch unvermeidlich ist.“

Natürlich ist diese Mahnung in den Wind gesprochen — denn unterem Bürgerthum fehlt sowohl der Muth als die Einsicht, und die Staatslenker thun ihr Möglichstes, durch brutale Ausnahmemaßregeln gegen die Borkämpfer für die Idee einer neuen gesellschaftlichen Regelung unserer gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse die Interessenfinden noch blinder zu machen und den Klassenhaß zu schüren, bis jener Zusammenbruch unvermeidlich ist!

Heber die Innungen und ihre eigentlichen Unzwecke haben die deutschen Arbeiter sich ja niemals Illusionen hingegeden und ihre

Vertreter im deutschen Reichstage haben deren reaktionäre Gesetze jederzeit energisch bekämpft. Wie sehr den Junkern in den letzten Jahren aber der Kampf geschnitten ist und wie unerschrocken sie gegen die Arbeiter nach dem Polizeiruf rufen, zeigt ein Beschluss, der dieser Tage auf dem Verbandstage des sächsischen Innungsverbandes gefasst wurde. Derselbe richtet sich gegen die von den einzelnen Arbeiterorganisationen für ihre speziellen Gewerbe errichteten Arbeitsnachweisbüros und lautet: „Alle dem sächsischen Innungsverbande angehörenden Innungen, welche auf Grund des § 97, 2 der R.-G.-O. Herbergen mit Arbeitsnachweis errichtet haben, mögen bei ihren vorgesetzten Behörden dahin vorstellig werden, daß die von den Innungen getroffenen Einrichtungen nicht durch von unerschrockener Seite zu errichtende Herbergen oder Arbeitsnachweise gefährdet werden, vielmehr hierzu die Genehmigung von den betreffenden Behörden verweigert werde.“

„Unerbittliche Seite“ ist gut. Die Arbeiter sind nur dazu berufen, sich zu schänden und zu plagen, damit die halb- und dreiviertelbankrotten Herren Innungsmeister den ganzen Tag über beim Frühstücks- und Besperlich über die faulen, unerschrockenen Arbeiter räsonnieren können! Und da die Arbeitsnachweise in den Händen der Arbeiter heute wenigstens für diese noch den Vorteil haben, daß sie, neben einer gewissen Kontrolle über die Arbeitszeit und den Lohn, den fremden Arbeiter vor gewerkschaftlichen Brüdern unter den „Krüppelschützen“ warnen und schützen, so muß die Polizei als Retter erscheinen und den Arbeitern „die Genehmigung verweigern“. Und nicht bloß das. Auch die Herbergen müssen unter die Kontrolle der Polizei oder vielmehr, was ja noch viel schlimmer ist, unter die Kontrolle der „Reister“ gestellt werden. Es können ja sonst auf der Herberge die zugereisten Reister von den Praktikanten und Knippen, mit denen die „vorkangesehenden“ Herren „Reister“ die „Gesellen“ über's Ohr zu hauen suchen, unterrichtet und den Innungsvorständen billige und willige Arbeitskräfte entzogen werden. Darum auch die Herbergen unter Polizeibewilligung gestellt! Auf dem nächsten Verbandstage werden wir dann ja wohl die Mittel und Wege beraten hören, wie man die zugereisten Gesellen zu bringen kann, auf die Reister-Herbergen zu gehen, falls sie an dieser modernen Art Straußenraub partout keinen Gefallen finden wollen!

Selbstverständlich kam auch der Verlangenwunsch aller Innungsbrüder in Gestalt einer Resolution für das obligatorische Arbeitsbuch wiederum zum Vorschein. Was nützen alle anderen Beschlüsse, wenn die Innungsmeister über die Arbeiter keine Kontrollmöglichkeit haben, wenn sie die „gefährlichen Elemente“ nicht durch geheime Zeichen im Arbeitsbuche brandmarken und lästern, sie nicht „boykottieren“ können, ohne daß das Opfer etwas davon weiß. Und dienen denn die Arbeitsbücher nicht auch dazu, den „Hochmut“ der Arbeiter zu brechen, wenn ihnen durch das Arbeitsbuch klipp und klar vor Augen geführt wird, daß sie minderen Grades sind als alle übrigen Mitglieder der Gesellschaft, daß über ihre „Führung“ genau so gut ein Zeugnis notwendig ist, wie über die Zeichnungslosigkeit des Schweinefleisches, das auf den Tisch des Herrn Innungsmeisters kommt!

— Daß die Innungsmeister die Vorteile, welche die Junggesellen ihrem Geldbeutel bietet, auszunutzen verstehen, ist eine bekannte Tatsache. Wie das Privilegium, daß nur Innungsmitglieder Lehrlinge züchten dürfen, aber auch der Korruption Vorteile leistet, dafür lieferte jüngst ein Mitglied der Berliner Tapezierer-Innung — die Blätter besprechen den weiteren Finken natürlich nur mit Z. — einen schreienden Beweis. Der Tapezierermeister Z., ein hervorragender Innungsschwärmer, hatte seinen Lehrling auf folgende unerschrockene Art betrogen:

„Der Lehrling Z. war Waisenkind und mußte deshalb nach dem leiblich bestehenden Brauche fünf Jahre lernen, nämlich vom April 1883 bis April 1888. Herr Z. beschleunigte indes schriftlich, daß er damit einverstanden sei, wenn Z. schon zu Neujahr, nachdem er sein Prüfungsgeld gemacht habe, zum Gehilfen gesprochen werde. Herr Z. hat den Lehrling auch zur Gehilfenprüfung tatsächlich geschickt, aber den Tag des offiziellen Aktes „vergesen“ und den armen jungen Mann am Prüfungsmorgen unter Verweigerung des Lohnes von 18 Mk. für 13 Wochen, worin er sich enthalten von 13 Mk. Spargeld, die der Lehrling der Frau Z. anvertraut hatte, 270 Mk. baaren Geschäftsauslagen und 7 Ueberstunden, sowie Benutzung des Z. regelmäßig zustehenden Gehilfenzuges (§ 4 des Lehrvertrages) entlassen!“

Diese Thatfachen sind vom Vorstand der Innung öffentlich zugestanden, der jetzt, nachdem die Geschichte Staub aufgeworfen, auch für den mißhandelten und beraubten jungen Mann „mit aller Energie“ eintreten will. Nichts aber hört man davon, daß die Staatsanwaltschaft gegen diesen infamen Betrüger und Spitzhaken eingeschritten sei, die doch sofort bei der Hand ist, Duzende von Arbeitern auf Wochen hinaus in Untersuchungshaft zu werfen, wenn ein zübeliger Freytag-Nachow falsche Denunziationen einreicht. Aber freilich, hier ist's ein „Königsreiter“ Innungsbrüder, dort sind es ehrliche Arbeiter, die den Ruf der eigenen Ueberzeugung haben, und diese müssen in den Augen der Streber und Spitzhaken, die heute unsere Gerichtsstellen prostituieren, als „Verderber“ erscheinen. Die Arbeiter werden aber auch fürderhin auf die Innungen, diese Spottgeburt der deutschen „Sozialreform“, ein maßvolles Auge haben müssen.

— Das Parvenütum in der Bourgeoisie, das in Deutschland durch serviles Nischen nach oben einen Orden oder einen Titel zu erlangen sucht und überglücklich ist, als Kommerzienrat oder gar als „von“ zu sterben, sucht in Amerika sein Ideal darin, die Töchter an überhaupt ruinirte und finanziell bankrotte europäische Fürsten oder Herzöge zu verheiraten. So hat kürzlich die Tochter des Nähmaschinen-Königs Singer den französischen Herzog von Decazes geheiratet, und anlässlich dieses Ereignisses läuft folgende Notiz durch die amerikanische und europäische Presse:

„Unter den Hochzeitsgesellschaften, welche Fräulein Singer, Tochter des verstorbenen Nähmaschinenfabrikanten Singer, die sich vor Kurzem in Paris mit dem Herzog von Decazes verheiratet, erhielt, befand sich auch eine sinnige Gabe, die aus Amerika von einem Geschäftsfreunde des Hauses Singer kam. Es war dies eine große regulirte Nähmaschine aus Silber, für das Doubouir der jungen Herzogin bestimmt. In dem Begleitbriefchen sagt der alte Kaufmann, er hoffe, sein Geschenk werde die junge Herzogin öfters daran mahnen, daß sie ihr nunmehriges Glück und Wohlgehen christlicher Arbeit verdanke, und sie niemals ihres todbten Vaters vergessen lasse, der in rastlosem Fleiße und nimmer müder Thätigkeit all die Millionen für sie aufgeschafft.“

Die „silberne Nähmaschine“ meint dazu das „St. Louis Tageblatt“, ist ein vorzüglich gewähltes Symbol für die „angehäufte Millionen“ des Arbeitersingers Singer und seiner ihm ebenbürtigen Nachfolgerin, der „Compagnie“, unter deren tyrannischer Herrschaft die Stadt Elizabeth, N. J., leidet. Sinnig, wie das Geschenk, ist der Begleitbrief des Vaters. Der alte Singer, der ein wüthendes Vortreiben geführt, aber das eine seiner verstorbenen, rechtmäßigen Gattinnen vor nicht langer Zeit in ihrem Testamentstestamente standalös entlassen dem Gerichte machte, — dieser pflicht- und ehvergeßene Wollüstling soll durch seine „Thätigkeit“ die vielen Millionen angeschafft haben. Aber seine Tochter — ob schon die Tochter eines Mannes, dessen Andenken von den Mädchen und Frauen, die er ins Unglück gestürzt, verflucht wird — ist nun „geadelt“; noch mehr, sie ist „Herzogin“, im Besitze des höchsten Titels, welcher der nichtverwandten europäischen Aristokratie erreichbar ist.

Zu wünschen wäre unter diesen Umständen nur, daß alle Söhne und Töchter unserer Redakturen in europäische Herzogfamilien hineinverheiratet; damit das Land wenigstens den schlechten Nachwuchs dieser übermüthigen Emporkömmlinge los würde.

— Amerika. Kapitalisten — Anarchisten. Die Gesetzgebung des Staates Pennsylvania hat, unter dem Einbruch der Enthüllungen über die skandalösen Zustände in den Kohlenbezirken, in ihrer letzten Session ein Gesetz erlassen, welches vorschreibt, daß Arbeiter, die in Kohlenbergwerken, Eisenwerken u. dergleichen sind, mindestens in halbjährlichen Fristen ausbezahlt werden sollen.

„Dieses Gesetz“ schreibt das „Phil. Tageblatt“, ist eine Farce, wie alle pennsylvanischen „Arbeiter“-Gesetze es sind — Farce, elende Farce. Es enthält nämlich keine Strafklausel. Man stelle sich vor: ein Gesetz sagt: Du wirst das und das thun oder lassen. Selbstverständlich, sollte man meinen, liesse es hinterher: wenn Du es aber nicht thust oder läßt, dann sollst Du so und so bestraft — Weit gefehlt!

In Pennsylvania ist man über solche Kleinigkeiten weg — wenn es sich um „Labor-Bills“ handelt. Die Legislatur beschließt und der Gouverneur unterschreibt, mit voller Kenntnis davon, daß sie eine elende Komödie aufführen.

Einmal, als es sich um eine Achtstunden-Bill ohne Strafklausel handelte, haben ihnen die deutschen Arbeiterorganisationen von Philadelphia in die Suppe gespuht, indem sie den Schwindel in letzter Stunde enthielten, den ehrenwerthen Senat aufforderten, das Gaudenspiel einzustellen und die Bill zu verwerfen, was denn auch prompt geschah. Aber es kann den deutschen Arbeitervereinen von Philadelphia doch nicht zugemuthet werden, Vorsetzung für die Kohlenarbeiter zu spielen: insonderheit, da diese ja ihre „Vertreter“ (Hines und Genossen) in der Legislatur haben.“

Diesmal also blieb es beim „bewährten“ Alten. Allerdings wurde die halbmonatliche Auszahlung in der Kohlenregion durchgesetzt, aber lediglich, weil die Arbeiter mit Streiks drohten. Man beachte wohl: ein Gesetz, dessen Beobachtung durch Arbeitseinstellung erzwungen werden muß. Es kam trotzdem zu Ausständen, aus anderen Ursachen, die Arbeiter wurden geschlagen. Erst hatten die Kapitalisten versprochen, daß sie an den „alten Bedingungen“, worunter die 14tägige Auszahlung, nichts ändern wollten, hinterher aber, als die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter gebrochen war, sind ein Ausbeuter nach dem Andern an, die monatliche Zahlung wieder einzuführen — das Gesetz that den verächtlichsten Kompagnieeländers, also weg damit!

Es ist das nur ein Beispiel von vielen, wie es mit der „Achtung vor dem Gesetz“ gerade in den Kreisen steht, die am lauesten über die Abnahme des Gesetzlichkeitsinnes im Felde jern. Wenn es darauf ankommt, besitzen die Anarchisten, diese geschwornen Feinde aller Gesetze, nirgends mehr „stille“ Genossen als gerade in der Klasse der Kapitalisten.

— Genosse Grottkau wurde bekanntlich voriges Jahr anlässlich der Höhe, die nach dem Chicagoer Bombenwurf durch ganz Amerika inszeniert wurde, wegen seiner Agitation für die Achtstundebewegung, in Milwaukee wegen Verschönerung zu einem Jahre Arbeitshaus verurtheilt. Gegen Kautskau damals auf freien Fuß gestellt, ist er nun jetzt, nachdem er sechs Wochen im Arbeitshaus gefessen, freigelassen worden. Als die Legislatur nämlich das Gesetz erließ, daß Strafverurtheilte erst vom Beginn der thatsächlichen Urtheilsvollstreckung an berechnet werden sollen, nicht vom Tage der Urtheils-Publikation, verwarf sie die Milderung von „Vergeben“, und deshalb mußte die von Grottkau während seiner Verurteilung aus Obergerechtigkeit unter Bürgschaft auf freiem Fuß verbrachte Zeit ihm mit angerechnet werden. Erklärlicher Weise ist die Kapitalistenpresse darüber in großer Wuth, und sie, die stets schweigt oder offen läßt, wenn ein großer Gauner dem Gesetze frech eine Rase dreht, bricht jetzt in sentimentale Entrüstung aus und jammert: „Der Gerechtigkeit wieder ein Schnippchen geschlagen.“ Dafür fertig ist das „St. Louis Tagbl.“ weniger höflich als wahr ab: Nicht Grottkau und seine Vertheiliger sind es, die die „Gerechtigkeit ein Schnippchen geschlagen“ haben, sondern die Summler, die ihr in die Legislatur schickt, ohne daß sie im Stande sind, ein Gesetz korrekt abzufassen. Grottkaus Vertheiligung hat nur von dem Rechte, welches ihr jenes schlechter redigirte Gesetz an die Hand gab, Gebrauch gemacht. Und unseres Wissens ist dies das erste Mal, daß ein verfolgtes Mitglied der Arbeiterpartei, also ein politisch Angeklagter, aus Urer-Gesetzsummelei einen Vortheil gezogen hat. Aber wie viele nicht politische, also wirkliche Verbrecher der republikanischen und demokratischen Partei sind bei Anklagen, die auf Wahlschleichung, Bestechung, Verschönerung zum Betrug der Staats- und Gemeinde-Kassen, in Folge „technischer“ Mängel des Gesetzes der Bestrafung entzogen worden?

Korrespondenzen.

Kachen, Rai. Vor einigen Wochen fand hier eine Gerichtsverhandlung statt, die wieder einmal zeigte, welcher Subjekte sich die wohlthätige preussische Polizei behufs „Bermittlung“ der Sozialdemokratie bedient und als Spitzel besoldet. Die Verhandlung betraf einen gewissen Agenten Kuhn von hier, denselben, der mit dem vor etwa Jahresfrist mit dem Kronenorden decorirten Kriminalkommissar Wöhlig und dem Spitzel Schneiders von hier (dem „schiefen“ Schneiders) in dem Prozesse gegen unseren Genossen Krehwinkel sich durch seine eblischen Zeugenaussagen hervorthat. Wir gebachten dieser Herren bereits in unserer Nummer vom 26. vorigen Monats. Von Kuhn ist erwiesen, daß er wiederholt in Berviers war, die „Freiheit“ in vielen Exemplaren angekauft, also doch auch wohl verbreitet hat, und Andere verleitete wollte, dasselbe zu thun, um diese dann zu verarthen.

Dieser nämliche Spitzel hatte nun ehrenrührige Behauptungen gegen eine hiesige Frau ausgesprochen, weshalb Bekrte Privatklage erhob. Kuhn bestritt jedoch die Klage und stellte sich als die reine Unschuld dar. Behufs Mithilfe über seinen „guten Mund“ hatte er seinen „Chef Wöhlig“ als Schutzzuggen laden lassen und dieser erklärte auch unter Eid, daß er nichts Nachtheiliges über Kuhn sagen könne. Man sollte diese „Unwissenheit“ des Wöhlig kaum für möglich halten, denn der Vertheiliger der besoldigten Frau wies schlagend nach: 1) daß bereits das Oberlandesgericht zu Köln durch Urtheil vom 14. November 1883 in einer Prozeßsache, in welcher Kuhn auch als Zeuge vernommen worden war, den Letzteren als vollständig ungläubhaft hingestellt hat, weil er bereits im Jahre 1873 (Kuhn war damals Förster) wegen Diebstahls in eigenem Schutzzugge zu vier Wochen und wegen öffentlicher Beleidigung zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt worden war und schon damals nach dem Berichte des dortigen Bürgermeisters über Kuhn's Verleumdung war, 2) daß sogar das hiesige Schöffengericht, welchem unser Hauptspitzel Wöhlig als Amtsanwalt angehört, in einem jüngst erlassenen Urtheile den Kuhn als einen gewissenlosen und charakterlosen Menschen bezeichnet habe.

Das Gericht würdigte denn auch die Aussagen des Vertheiligers und verurtheilte den sauberen Patron Kuhn (der aber trotzdem die Belohnung des Kriminalkommissars Wöhlig bleibt) zu einer Gefängnisstrafe von fünf Tagen.

Ob Wöhlig in der Folge den Kuhn auch noch als Spitzel gebrauchen wird, wissen wir nicht; Schamgefühl ist ja bekanntlich beim Spitzeltum nicht zu finden und nicht zu gebrauchen.

Gleichzeitig will ich hierbei noch bemerken, daß Wöhlig mit den hiesigen Hausuchungen kein Glück hat, darüber sehr unzufrieden ist und sich auch nicht genirt, solches beim Weggehen zu bekunden; einem Genossen gegenüber hat er ausbrüchlich erklärt, daß es ihm leid thue, nichts gefunden zu haben, daher also auch keine Bestrafung herbeiführen könne, um den Mann vielleicht zu ruiniren.

Uebrigens hat gerade die Verfolgungsmuth und das Spitzeltum uns hier schon manchen guten Genossen zugeführt.

Und der Pfalz, Ende Rai. Ich möchte so gerne etwas Erfreuliches aus unserer einst so freiwillig durchwachten, vielversprechenden und im Reichthum, wie es damals schien, vielversprechenden Pfalz berichten. Aber freilich, 1848 und 1888 sind zwei verschiedene Jahre! Was wagten die Pfälzer im Jahre 1848 nicht Alles! Und heute? Zur Schande sei es gesagt, daß heute auch fast nicht mehr ein Schimmer von damals vorhanden ist. Doch halt! Beinahe hätte ich eine Unwahrheit gesagt: Kaiserlautern und Neustadt haben ja „demokratische“ Bürgermeister! Ist das nicht noch etwas? Freilich sind es auch nur Reliquien von damals. Der Bürgermeister von Kaiserlautern, Hoffe, läßt vor lauter „Demokratie“ keine Gelegenheit vorübergehen, seinem allerdurchlauchtigsten, allergnädigsten Prinzregenten ein hübschgedrucktes Telegramm oder eine Gebührendadresse zu übermitteln. Ja, einmal ließ er sich sogar von seinem allergnädigsten zur Tafel „ziehen“ und hat dabei, wie er in einer Zuschrift an ein Kaiserlauterner Blatt mittheilte, während eines Zeinkspruchs des Allerdurchlauchtigsten „die Hand auf's Herz“ gelegt! Ist das nicht demokratisch? Aber die „demokratischen“ Bauern in diesem Bezirk sind auch nicht besser als ihre „Häupter“. Haben doch dieselben Bauern, die vor vier Jahren dem Demokraten Groß zum „Siege“ verhalfen, bereits voriges Jahr (selbst schneller Gestimmungswechsel!) dem Frankfurter Reich zu dessen Sicherheits ihren Wahlkreis zu Füßen gelegt und sich so ein Zeugnis ausgestellt, das Alles beweist, nur nicht Gesinnungstüchtigkeit!

Die Stadt Neustadt mit ihrem demokratischen Krafft gleicht Kaiserlautern. Beschließt da der Stadtrath von Neustadt, zum größten Theil aus Fortschrittler und zum andern aus Demokraten bestehend, keine Deputation nach Kaiserlautern zu senden. Dort soll nämlich in einer Delegirtenversammlung aus sämtlichen Städten und Dörfern der Pfalz der Standort für ein allgemeines pfälzisches Denkmal für den alten Wilhelm (ebenfalls als Verdienst für dessen Thaten 1848/49 gegen die Pfalz) bestimmt werden. Was thun nun unsere Nationalliberalen in Neustadt? Sie beräumen eine selbständige Versammlung an, in der sie eine Deputation wählen, die in Kaiserlautern auf der Versammlung dafür wirken soll, daß Neustadt die Ehre zu Theil werde, auf einem Vorsprunge des Hardegebirges das betreffende Andenken von 1848 fest vor Augen zu haben. Und wen wählen sie als Deputirten? Den demokratischen Reichstagskandidaten und Bürgermeister von Neustadt, Julius Krafft! Welcher Spott liegt nicht hierin? Was will der Herr Bürgermeister machen, er muß annehmen, und so geht er Arm in Arm mit noch drei notorischen Nationalliberalen von hier nach Kaiserlautern, um dort dafür zu agitiren, daß das Wilhelm-Denkmal nach Neustadt komme.

Lassen wir dieses unerquickliche Zerwürf und setzen wir uns ein wenig nach unserer Landvertheilung um. Wenn ich eben von einem Zerwürf sprach, so begegne ich hier einem düsternen, ja traurigen Bild: Verschuldet über alle Rahmen, sind unsere Bauern zwar nicht in den Händen professionmäßiger Wucherer, sondern in Händen, die manchmal viel schlimmer sind: in denen der Großgrundbesitzer. Hat so ein Bauer ein klein wenig Unglück, so daß er kaum die Zinsen für das geliehene Kapital herausbringt, so glaubt der Großgrundbesitzer noch ein Besseres zu thun, wenn er zu seinem Bauer sagt: „Ich will Dir was sagen, was machst Du Dir Sorgen, Du bist mir noch so und so viel schuldig, ich nehme Dir die Last ab, Du kannst meine Wingerl im Taglohn bei mir bauen!“ Dem Bauer bleibt schließlic nichts weiter übrig, denn: gehst Du nicht gutwillig, so brauche ich Gewalt! Und daher kommt es, daß unsere Herren Reichstagsabgeordneten Buhl und Büßlin die besten und, was die Hauptsache ist, die billigsten Weindörfer besitzen, dieselben doch ihren Arbeitern sage und schreibe eine dreißig Pfennig Taglohn! Und da stellen sich die Herren in den Reichstag und betrauen über Volkswohl! Hält z. B. einmal einer von diesen Volkswohlern in Neustadt Saalbau eine Rede, so hat die Eisenbahn vollauf zu thun, denn Mann für Mann muß die ganze abhängige Bauernschaft erscheinen. Und warum soll sie auch nicht erscheinen, sorgen doch die betreffenden Gutsherrn für das nöthige Kleingeld, und dürfen die Bauern doch umsonst auf der Eisenbahn fahren! Des gegnet man so einem Bauerlein und kommt auf Politik zu sprechen, so muß man fluchen, wie diese Leute, trotzdem dieselben immer national liberal, d. h. ihre Gutsherrn wählen, ihr Glend einsehen und darüber sprechen: „Ja, wenn wir anders wählen, gute Nacht uns, dann ruppelt an allen Oden und Enden, dann werden einfach die Hypotheken gekündigt und wir liegen dann ganz auf dem Stroß!“ — Leider nur zu wahr! In meinem nächsten Berichte werde ich noch manchen Andere beibringen, um unsere Volkswöhler im wahren Lichte zu zeigen: Brutus.

Briefkasten

der Redaktion: Berlin, Paris, Holland: Einsendungen in nächster Nummer.

der Expedition: J. R. in S. S. D.: Nr. 6 — 2 Ab. 3. Du. erh. — A. Ohme. Rem-Dort: Fr. 423 30 à Cto. Ab. erh. Bülly. notirt. — Bidelhaube: Fr. 202 66 à Cto. Ab. erh. Ihnen gutkommend noch Fr. 278 pr. S. Du. Bülly. notirt. — Dm. Kopenhagen: Fr. 107 50 à Cto. Ab. erh. Weiler's notirt. — Das rote Häuflein: Fr. 20 — pr. Hafencleer's. d. d. erh. Nr. 104 — à Cto. Ab. gütgr. Dr. u. Bülly. notirt. Reklamirtes unterweg. — Onkel: Ab. gütgr. Böhle. folgen. — Abel: Bf. v. 3/6. hier. Weiler's Bf. — A. Roman: Ab. gütgr. Weiler's Bf. — A. b. Gibe: Ab. gütgr. neue notirt. Reklamirtes unterweg. Weiler's notirt. — Rastzug: Bf. v. 4. u. 6. hier. Ab. gütgr. Alles gütgr. — Weihenstein: Nr. 200 — à Cto. Ab. u. Schft. erh. Ab. gütgr. Reus erw. Bf. mehr. Alles hier. — Claudius: Ab. notirt. Bon R. ging weder etwas ein, noch wurde verrechnet. Reklamirtes ist in Bf. 31 1887 quittirt. Bf. mehr. — St. Josef: Nr. 107 70 nach Abzug von Nr. 9 10 à Cto. Schft. u. Ab. erh. Ab. gütgr. u. notirt. Bülly. folgt. — Der alte Rathe: Bf. v. 6/6. hier. Bf. mehr. — Kitzsch: Rastg. vom 7. hier. Weiler's Bf. — Pina: Rastg. v. 7/6. erh. Weiler's Bf. — Draumer Wd.: Nr. 3 30 für Bde. u. Schft. erh. Ab. gütgr. — Dese: Bf. v. 8/6. erh. Antw. Bf. — Rother Apostel: Reklam. richtig gestellt. War Druckfehler. Ab. notirt. Weiler's Bf. — Jütlander: Betr. Posten bezieht sich auf 2. Du. St. Schft. abg. Weiler's Bf. — W. St. D.: Fr. 2 — Ab. 3. Du. u. Schft. 2 — pr. Ufd. d. d. gütgr. — Jop.: Fr. 40 — à Cto. Ab. u. Schft. erh. Bf. erw. — C. Wlr. Brn.: (dswf. 3 29) Fr. 6 57 Ab. 3. Du. erh. Bf. mehr. — J. R. S.: Nr. 4 40 Ab. Juni bis Ende Okt. erh. Bülly. folgt. — A. R. R.: Nr. 1 30 f. Schft. erh. — Lionel: Bf. v. 4. u. 8. hier. Zweite Probe besser. Ab. gütgr. Alles notirt. Betr. Abzug. sowie Betr. Protol. Bf. — Ruth und Kraft: Bf. v. 6. hier. Ab. gütgr. Bf. mehr. — Blockberg: Ab. und Bülly. notirt. Selbstverständlich ist und diese Zentralisation nur erwünscht, weil Risiko geringer. Bf. mehr. — Bde.: Rastg. v. 10. hier. — A. D. St. S.: Fr. 6 — à Cto. Schft. erh. Bülly. notirt. — Rastzug: Bf. v. 10. hier. Es gingen allerdings 3. Weiler's Bf. — „S. S.“ Bf.: Fr. 2 60 für Schft. erh. — J. R. S.: Fr. 12 40 Ab. 3. u. 4. Du. u. Schft. erh. u. 60 Cts. pr. Ufd. d. d. gütgr.

Anzeigen.

Zürich Samstag, den 16. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale (3 Treppen hoch) des Schwaneu (Stadt):

Oeffentliche

Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:

Sozialpolitische Rundschau.

Referent: Hgr. Fischer.

Zu zahlreichem Erscheinen ladet freundlichst ein

Der Sozialauschuß.

Jedermann hat Zutritt.

Zur Beachtung.

Alle Genossen, welche nach Amerika (New York) reisen, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich sofort nach ihrer Ankunft nach dem Hauptquartier der Sozialistischen Arbeiterpartei:

Nr. 25 St. 4. Street,

zu begeben.

Ferner bitten Allen, welche gewungen sind, um Unterstützung nachzusuchen, zur Nachricht, daß solche nur gegen Vorweisung von Legitimationen neueren Datums, unterzeichnet von bekannten Vertrauenspersonen, gewährt werden kann.

Berufung auf Genossen, welche schon längere Zeit hier im Lande sind, kann nicht berücksichtigt werden.

Das Unterstützungs-Komitee der S. A. P. Sektion New York.